

David Clarke, University of Bath

[d.clarke@bath.ac.uk](mailto:d.clarke@bath.ac.uk)

## **Geteilte Erinnerung im vereinten Deutschland**

*Eröffnungsvortrag am 29. Januar 2015 bei der 8. Geschichtsmesse  
der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Suhl*

Meine Damen und Herren!

Ich möchte mich sehr herzlich für diese Einladung nach Suhl bedanken, einer Stadt und einer Region, die ich bisher nicht kannte. Die Einladung der Bundestiftung Aufarbeitung hat mich einerseits sehr gefreut, da ich mich in den letzten fünf Jahren zunehmend mit der Frage nach der Erinnerung an den Staatssozialismus in Europa und vor allem in Deutschland beschäftigt habe. Andererseits ist mir aber schmerzlich bewusst, dass ich auch als Außenstehener zu Ihnen komme. Erstens bin ich kein Historiker, sondern habe eine literatur- und kulturwissenschaftliche Ausbildung genossen. Zweitens bin ich als britischer Germanist zwar meistens in der Lage, meinen britischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern die letzten Entwicklungen in Deutschland diesbezüglich zu erklären. Bei dieser Aufgabe habe ich in meinem Heimatland nämlich immer einen deutlichen Wissensvorsprung meinem Publikum gegenüber. Heute hat man mich allerdings gebeten, vor Menschen zu sprechen, die die Aufgabe haben, deutsche Geschichte in Deutschland selbst zu vermitteln, wobei dann diese Geschichte natürlich auch eine grundlegende Bedeutung für das eigene Selbstverständnis haben dürfte.

Im vergleichsweise kleinen Kreis der britischen Germanistik geht es oft um die Frage, ob die Erinnerungskultur in Deutschland sich in eine positive Richtung entwickelt. In solchen Debatten fehlt mir oft der kritische Blick auf die eigene Geschichtskultur, die immer noch das Heldenhafte der Nationalgeschichte betont, ohne öffentliche Auseinandersetzung darüber, welche Konsequenzen man aus den Schattenseiten einer solch vermeintlich nationalen Erfolgsgeschichte ziehen sollte. Ich weiß z. B. noch wie sehr mich 2007 unser Umgang mit dem 200. Jahrestag der Abschaffung der Sklaverei durch das britische Parlament überrascht hat. Damals wohnte ich in Bristol, d. h. in einer der Städte, deren Reichtum im 18. Jahrhundert

nur auf Grund des Sklavenhandels und der Arbeit von Sklaven in den kolonialen Plantagen möglich war. Jedoch schienen die Feierlichkeiten, die ohnehin nur die heldenhafte Abschaffung der Sklaverei durch weiße Engländer loben sollten, fast spurlos an der Stadt vorbeizugehen. Zwar hatte die Stadt damals ein Museum der Kolonialgeschichte von nationaler Tragweite, das eine informative Ausstellung zum Thema auf die Beine gestellt hat, doch wurde dieses Museum kurz darauf aus finanziellen Gründen geschlossen. Heute gibt es in Großbritannien nur wenige Menschen, die wissen, wie der britische Kolonialismus wirklich aussah.

In britischen Schulen sind der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg zwar beliebte Themen für den Geschichtsunterricht, doch fehlt auch hier weitgehend die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des eigenen Landes. Diese Einstellung war erst kürzlich in den Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs bei uns wieder deutlich zu erkennen. Die Symbolträchtigkeit der staatlich geförderten Erinnerung, die insgesamt £50 Millionen kosten soll, ist mit starken Emotionen beladen. Es ist von Opfer und Heldentum die Rede, doch kaum einer stellt die Frage, warum dieser Krieg stattfand, welche Auswirkungen er auf andere Länder hatte, oder ob der Erste Weltkrieg uns heute etwas über das Konfliktpotential des europäischen Raums zu sagen hat. Und das in einem Jahr, wo z. B. in der Ukraine solche Konflikte wieder zur schmerzlichen Realität geworden sind.

Was ich mit diesen Ausführungen eigentlich sagen will, ist, dass ich mich als Engländer kaum dazu qualifiziert fühle, mein heutiges Publikum, also Sie, darüber zu belehren, wie man die Erinnerungskultur in Deutschland besser gestalten könnte. In der Tat kann Großbritannien viel von der deutschen Erfahrung lernen. Ich hoffe auch in unserer anschließenden Diskussion von Ihnen zu lernen, wie diese Themen sich in Ihrer Arbeit niederschlagen, was für mich als Forscher sicherlich eine große Chance ist.

Aus meiner Perspektive ergeben sich jedoch bestimmte grundlegende Fragen aus dem Titel, den Herr Hüttmann für meinen Vortrag vorgeschlagen hat. Ich hoffe, dass diese Fragen auch für Sie eine Anregung sein werden, wenn Sie über die eigene Arbeit nachdenken. Ich vermute, dass Herr Hüttmann diesen Titel einem Band entlehnt hat, den ich 2011 mit meiner Kollegin Dr Ute Wölfel von der Universität Reading mitherausgegeben habe (Clarke and Wölfel, 2011). Da war tatsächlich von einer ‚geteilten‘ Erinnerung in Deutschland die Rede, insbesondere von einer ‚geteilten‘ Erinnerung an die DDR und die Wiedervereinigung. Es ist nun leider einmal so, dass auch akademische Verlage provozierende oder gar kontrovers klingende Buchtitel vorziehen, wenn sie meinen, dass man dadurch mehr Exemplare verkaufen kann. Doch impliziert diese Vorstellung einer ‚geteilten‘ Erinnerung auch das

Gegenteil, d. h. die Möglichkeit einer ungeteilten bzw. einer gemeinsamen Erinnerung. Kann es aber eine solche gemeinsame Erinnerung an die DDR überhaupt geben? Was heißt das eigentlich, ‚gemeinsame Erinnerung‘? Was würden wir uns davon versprechen? Wenn es sich letztendlich herausstellen sollte, dass eine gemeinsame Erinnerung an die DDR nicht oder nur bedingt möglich ist, welche gesellschaftliche Funktion kann dann der Umgang mit dieser Epoche deutscher Geschichte noch erfüllen? Das sind die Fragen, die mich heute beschäftigen.

Seit Mitte der 80er Jahre wächst das wissenschaftliche Interesse am Phänomen der gesellschaftlichen Erinnerung, das auch leicht irreführend im Sinne eines ‚kollektiven Gedächtnisses‘ besprochen wird. Wie die US-amerikanische Autorin Susan Sontag (2003) richtig bemerkt hat, sei die Vorstellung eines wortwörtlich kollektiven Gedächtnisses – vor allem in modernen, hochdifferenzierten Gesellschaften – im Grunde ein Unsinn. Die Erinnerung an die eigene, an die familiale oder gar an die gesellschaftliche Vergangenheit könne immer nur individuell stattfinden. Sontag hat insofern Recht, als nur die Science-Fiction sich Völker vorstellen kann, deren Mitglieder die Welt alle gleich verstehen. Doch geht Sontags Kritik am Begriff des ‚kollektiven Gedächtnisses‘ auch am Kern der Sache vorbei. Die Forschung, die sich mit der gesellschaftlichen Erinnerung beschäftigt, besteht vor allem darauf, dass die Erinnerung *sozial* sein soll. Wie etwa Harald Welzer in seinem sehr lesenswerten Buch mit dem Titel *Das kommunikative Gedächtnis* von 2005 erläutert, wird das persönlich Erlebte immer durch externe interpretative Rahmen gefiltert und umgeformt, die das gesellschaftliche Umfeld des Einzelnen ausmachen. Auch das persönlich nicht Erlebte, spricht die Geschichte, versteht man im Kontext solch unterschiedlicher Interpretationen, die in diesem Umfeld miteinander konkurrieren. Hier spielt die Familie eine ausgeprägte Rolle, wie Welzer und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrer Studie zur Erinnerung an den Nationalsozialismus nachgewiesen haben. Im Buch *Opa war kein Nazi* (Welzer, Moller und Tschuggnall, 2005) zeigen sie deutlich wie jede Generation sich ihr Geschichtsbild aus Familiengesprächen, aus dem Schulunterricht, aus Film und Fernsehen, und durch Besuche in Museen- und Gedenkstätten immer wieder neu und auf manchmal eigenwillige Art und Weise konstruiert.

Untersuchungen wie die von Welzer könnten Pädagogen und Politiker, die sich für die Pflege der Erinnerungskultur interessieren, pessimistisch werden lassen. Der Ausgang des Aufarbeitungsprozesses ist in der Tat ungewiss, zumindest was die Ansichten des Einzelnen angeht. Wie der Vater der gesellschaftlichen Gedächtnisforschung, der französische Soziologe Maurice Halbwachs, schon Mitte der 20er Jahre meinte, war die Propagandierung eines

einheitlichen Gruppengedächtnisses für eine gesamte Gesellschaft zwar in der Vormoderne noch eine Möglichkeit. Doch wies schon Halbwachs darauf hin, dass in modernen Gesellschaften sich divergierende geschichtliche Interpretationsrahmen entwickeln, die nicht selten miteinander konkurrieren (1985: 379-381). Jedoch sehen wir in der Moderne immer wieder wie Staaten und die mit ihnen verbundenen gesellschaftlichen Eliten versuchen, ein als allgemeingültig zu verstehendes Geschichtsbild zu propagieren, das die Komplexität der unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräfte transzendieren soll. Der französische Historiker Pierre Nora beschreibt diesen Prozess im Sinne der Entwicklung von *lieux de mémoire* (d. h. von Erinnerungsorten), die nur dürftig den Verlust der quasi organischen *milieux de mémoire* der Vormoderne wiedergutmachen. Nationale Feiertage, Mahnmale, die Pflege der Erinnerung an bestimmte Ereignisse in der Nationalgeschichte, die den Patriotismus stärken sollen: Solche Erinnerungsorte, die der britische Historiker und Marxist Eric Hobsbawm (1983) als ‚erfundene Traditionen‘ analysiert, waren wesentliche Elemente der Geschichtskultur des Nationalismus im 19. und im 20. Jahrhundert. Ihre Funktion war es oft, die Massen an die Projekte der Eliten zu binden, wie man etwa hier [LINK] in einer Darstellung eines französischen Schulunterrichts im späten 19. Jahrhundert sehen kann, wo Schüler lernen sollen, die schwarz angemalten Stellen auf der Karte zu verstehen, die im deutsch-französischen Krieg an das Wilheminsche Reich verloren gingen. Impliziert wird dabei die Bereitschaft und sogar die Verpflichtung dieser Jungen, sich irgendwann für die Rückgewinnung von Elsass und Lothringen zu opfern.

Solche krassen Instrumentalisierungen der Geschichte durch gesellschaftliche Eliten stoßen nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts vor allem in demokratischen Gesellschaften auf Ablehnung. Stattdessen sehen wir besonders seit den 80er Jahren eine Aufwertung einer Erinnerungskultur, die keine nationalen oder chauvinistischen Werte vermitteln soll, sondern vielmehr kosmopolitische Werte wie Toleranz, Anti-Rassismus und Demokratie. In unserem ‚post-traumatischen‘ Zeitalter, um mit Aleida Assmann zu sprechen, soll die Erinnerung der Verteidigung der liberalen Gesellschaftsordnung dienen. Paradigmatisch für diese Entwicklung, ist die zentrale Bedeutung, die der Holocaust nicht nur in Deutschland, sondern auch in der ganzen westlichen Welt angenommen hat. Durch die Identifikation mit den Holocaust-Opfern, so die Befürworter der Holocaust-fokussierten Erinnerung wie etwa Daniel Levy und Nathan Sznaider (2006) oder Alison Landsberg (2004), werden Menschen aus unterschiedlichen Nationen und Ethnien in die Lage versetzt, sich liberale Werte anzueignen und die offene und tolerante Gesellschaft – und das nicht nur im eigenen Lande – zu verteidigen. Obwohl die empirische Forschung noch ausbleibt, die solche Behauptungen

unterstützen würde, sollte deutlich sein, dass auf andere Art und Weise als im Zeitalter des Nationalismus die Erinnerungskultur trotzdem weiterhin als das funktioniert, was der Kulturhistoriker Tony Bennett unter einer ‚moralischen Technologie‘ versteht (2007: 93). Mit anderen Worten soll die Erinnerungskultur bestimmte Werte propagieren und ein bestimmtes Bild davon vermitteln, wie sich die Bürgerinnen und Bürger ihr Verhältnis zur Gemeinschaft vorzustellen haben.

Für die liberale Gesellschaftsordnung, wie auch für den demokratischen Rechtsstaat, ist die Entwicklung einer entsprechenden Erinnerungskultur jedoch ein paradoxes Unterfangen. Wie Ruti Teitel bemerkt hat, laufen z. B. neue Demokratien die Gefahr, den Eindruck zu erwecken, sie würden genauso wie die nicht demokratischen Systeme, die sie ersetzen wollen, der Bevölkerung ein Geschichtsbild verordnen. Es gibt auf jeden Fall bestimmte Auslegungen der historischen Wirklichkeit, die instrumentalisiert werden können, um die demokratische Ordnung zu untergraben. Das sieht man leider in jüngster Zeit in den Pegida-Demonstrationen in manchen Städten in Deutschland, wo sowohl der Erinnerungsort der Montagsdemonstrationen von 1989 als auch der Spruch ‚Wir sind das Volk!‘ aus dem historischen Zusammenhang gerissen werden, um eine Botschaft der Intoleranz zu predigen. Eine funktionierende Erinnerungskultur sollte die Demokratie auch gegen solche Auffassungen verteidigen können. Da hat man hier das gleiche Problem wie in der politischen Bildung allgemein: Auf der einen Seite sollen Offenheit und die unabhängige Entscheidungsfindung der Bürgerinnen und Bürger gefördert werden; Andererseits werden entweder offen oder versteckt Grenzen gezogen, zwischen den Welt- und Geschichtsbildern, die im Sinne einer demokratischen Gesellschaft akzeptabel sind, und denen, die für schädlich gehalten werden.

Wenn man die Entwicklung der staatlich geförderten Erinnerung an die DDR in den Augenschein nimmt, sieht man diese Spannung zwischen der prinzipiellen Offenheit des Umgangs mit der Vergangenheit in der demokratischen Gesellschaft und dem Wunsch, die Erinnerung in bestimmte Bahnen zu lenken, die der Stärkung der Demokratie dienlich scheinen sehr deutlich. Letztere Tendenz ist vor allem in den zwei Enquete-Kommissionen des deutschen Bundestages in den neunziger Jahren klar zu erkennen, in denen einen Konsens darüber geschaffen werden sollte, wie die DDR verstanden und in der Erinnerungskultur eines vereinten Deutschlands verankert werden sollte. Sowohl Kritiker als auch Unterstützer der Enquete-Kommissionen verstehen die Auslegung der DDR-Geschichte, die hier formuliert wurde, als den Versuch, den untergegangenen Staat nachträglich zu delegitimieren (Cooke, 2005: 34-46; Faulenbach, 2000). Dies muss, glaube ich, als Reaktion auf verschiedene

Phänomene der neunziger Jahre verstanden werden: auf den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft, der drohte, das Vertrauen der Ostdeutschen in die neu gewonnene Demokratie zu untergraben; auf die scheinbar wachsende Anziehungskraft von rechten Parteien und Gruppierungen in den neuen Bundesländern; auf das Phänomen der Ostalgie; und schließlich auf das Überleben und Gedeihen der SED als reformierte Partei des Demokratischen Sozialismus, ab 2007 dann als DIE LINKE. Der Diskurs des Totalitarismus, der in den Schlussfolgerungen der Enquete-Kommissionen dominant war, stufte die DDR als ‚die zweite deutsche Diktatur‘ ein, wodurch eine Vergleichbarkeit des Nationalsozialismus und des Staatssozialismus angedeutet wurde, ohne die beiden Systeme jedoch gleichzusetzen. In einer Situation, wo aus der Perspektive vieler Politiker der Volksparteien die Akzeptanz der liberalen Demokratie unter den neuen Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern im Osten gefährdet schien, war die historische Aufwertung des politischen und gesellschaftlichen Systems der Bundesrepublik durch einen Vergleich mit diesen zwei Diktaturen geboten. Man erkennt auch ähnliche Ängste und Sorgen um die Demokratie in manchen öffentlichen Debatten aus dieser Zeit, die die angebliche Entindividualisierung und Kollektivierung der ostdeutschen Gesellschaft für gewisse Erscheinungen angeblich antidemokratischer Kultur in den neuen Bundesländern verantwortlich machen wollten (Clarke, 2002).

Nach der Jahrtausendwende entwickelte sich die Debatte um die Erinnerung an die DDR zunehmend von einer Beschäftigung mit den Einstellungen von ehemaligen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern weg. Im Zentrum der Diskussion stand nun der Umgang mit dieser Vergangenheit aus der Perspektive der nachkommenden Generationen. Die zweite Enquete-Kommission schlug eine Brücke zu dieser neuen Phase, da sie auch den Auftrag hatte, Vorschläge zur Gedenkstättenkonzeption des Bundes zu machen, die im Jahre 1999 in Kraft trat. Der Auftrag an die sogenannte Sabrow-Kommission im Jahre 2005, die Gedenkstättenkonzeption zu überarbeiten, zeigt aber deutlich, wie die Zukunft der Erinnerung an die DDR von vielen noch stark mit der Verteidigung von bestimmten Werten in Verbindung gebracht wurde. Kommissionsvorsitzender Martin Sabrow setzte sich stark für eine Historisierung der DDR-Geschichte ein, d. h. für eine multiperspektivistische Darstellung, die auch Erfahrungen von Normalität und Alltag berücksichtigen würde. Nach den hitzigen öffentlichen Debatten und dem Streit auch innerhalb der eigenen Kommission verteidigte Sabrow noch 2009 die ‚Mehrschichtigkeit‘ der Erinnerung an die DDR, die er eher als kaleidoskopischen Prozess verstanden wissen wollte, der sich immer weiter entwickelt (Sabrow, 2009).

Obwohl einige Empfehlungen von Sabrows Kommission in die neue

Gedenkstättenkonzeption Eingang fanden, blieb eine deutliche Betonung des Diktatur-Charakters des untergegangenen ostdeutschen Staates bestehen. Unterschiedliche Perspektiven sollten in staatlich geförderten Gedenkstätten und Museen Ausdruck finden, wie etwa die Erfahrung der deutschen Teilung, die heute in einem neuen Museum im ‚Tränenpalast‘ an der Friedrichstraße thematisiert wird. Auch sollten laut der Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeptionen Alltagserfahrungen in der DDR in die staatlich geförderte Erinnerungslandschaft integriert werden. Doch sollten solche Erfahrungen auch im Kontext der totalitären Herrschaft der SED verstanden werden, wie etwa im neuen Alltags-Museum in der Kulturbrauerei in Berlin, wo die Alltagserfahrungen der DDR, die auch ostalgtisch erinnert werden können, immer in Verbindung mit der Macht der SED und den vielen Unfreiheiten und Zwängen der DDR-Gesellschaft präsentiert werden. Zwar wird die von Sabrow erkannte Multiperspektivität und Mehrschichtigkeit der DDR-Geschichte angesprochen, doch immer in einem Interpretationsrahmen, der starke Kontinuitäten mit den Ansätzen der neunziger Jahre aufzeigt. Dies zeigt wieder das Dilemma des liberalen Staats angesichts einer Erinnerungspolitik, die demokratisch sein soll, ohne dabei allerdings die Demokratie dadurch zu gefährden, dass Diktaturen so erinnert werden, dass ihre angeblich ‚guten‘ Seiten nostalgisch betont werden könnten. Die Darstellung der DDR als ‚zweite deutsche Diktatur‘ geschieht aber auch in einem Kontext, in dem der Staat selbstverständlich kein Erinnerungsmonopol besitzt. Die Berufung der Sabrow-Kommission war ja auch eine Reaktion darauf, dass seit der friedlichen Revolution unterschiedliche Formen von Erinnerung in der Öffentlichkeit präsent waren, wie z. B. eher ostalgtisch oder gar touristisch eingerichtete private Museen. Es wurde ja auch deutlich, dass innerhalb von Familien anders und auch unterschiedlich über die DDR-Erfahrung erzählt wurde, was bei einigen Kritikern der Erinnerungspolitik die Angst aufkommen ließ, staatlich geförderte Maßnahmen würden nicht in der Lage sein, die Weitergabe solcher subjektiven Auffassungen an die jüngere Generation zu korrigieren (Schroeder und Deutz-Schroeder, 2009).

Wenn man die Debatten um Gedenkstätten und Museen heute betrachtet, sieht man auch, dass der Konsens, der in der Gedenkstättenkonzeption des Bundes seinen Ausdruck findet, noch angefochten wird. Aus dem Umkreis der Partei DIE LINKE kommen Stimmen, die in der heutigen Erinnerungspolitik eine Fortsetzung des Antikommunismus der westdeutschen Nachkriegszeit erkennen wollen. Diverse Gruppierungen von ehemaligen Staatsfunktionären, staatstreuen Künstlerinnen und Künstlern, abgewickelten Universitätsprofessoren und Offizieren der Nationalen Volksarmee sammeln sich in Organisationen wie das ‚Insiderkomitee zur Förderung der kritischen Aneignung der Geschichte des MfS‘ oder die

‚Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde‘, die im so genannten ‚Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden‘ ihren Dachverband haben. Obwohl sich die genaue Anzahl der aktiv Teilnehmenden nur schwer einschätzen läßt, haben wir es hier mit einer Art alternativer Aufarbeitungsszene zu tun, die das sozialistische Erbe der DDR gegen ihre angebliche Diffamierung durch die staatlich geförderte Erinnerungspolitik verteidigen will. Diese Gruppen haben eine eigene interne Öffentlichkeit entwickelt, die sich zum Teil mit der internen Parteidiskussion in der LINKEN überschneidet. Doch bleiben ihre Aktivitäten den meisten Bundesbürgerinnen und -bürgern unbekannt, es sei denn man kauft die Bücher der Edition Ost oder des Spotless-Verlags, die in den Buchhandlungen der neuen Bundesländer eine verhältnismäßig gute Abnahme finden. Die bisher öffentlichkeitswirksamste Aktion solcher ‚Ehemaligen‘ war ihre Störung einer Veranstaltung im März 2006 in der Gedenkstätte Hohenschönhausen (Knabe, 2007: 253-55). Die Strategie der Delegitimation, die hier gegen die staatlich geförderte Erinnerungspolitik verfolgt wird, verlässt sich auf zwei wesentliche Argumente. Erstens wird behauptet, die Hervorhebung der totalitären Aspekte der SED-Herrschaft würde den geschichtlichen Kontext des Kalten Krieges ausklammern. In diesem Kontext wäre die DDR ständig mit der Aggression des kapitalistischen Systems im Westen konfrontiert und hätte sich dementsprechend verteidigen müssen, sei es durch den Mauerbau oder das Unschädlichmachen von internen Gegnern, die dem Westen in die Hände gearbeitet hätten. Zweitens greift man die Opfer der Repression an, mit der Begründung, sie hätten dabei mitgewirkt, eine gerechtere Gesellschaftsform zu untergraben, die die meisten DDR-Bürgerinnen und -Bürger akzeptiert hätten. Aus den heute offiziell anerkannten Opfern des SED-Regimes werden in den Augen dieser Gruppen die Täter, die egoistisch den Sozialismus aufs Spiel gesetzt hätten.

Diese Auslegung der Geschichte wird sicherlich und mit Recht von den meisten Deutschen abgelehnt. Auch innerhalb der LINKEN, denen diese Gruppen nahe stehen, bestimmt ihr Revisionismus nicht unbedingt die erinnerungspolitische Linie der Partei. Doch entspringt der Umgang der LINKEN mit der DDR-Vergangenheit einer ähnlichen Quelle wie bei den bereits beschriebenen Gruppen von ‚Ehemaligen‘. Hinter den Vorwürfen solcher Gruppen an die heutige Erinnerungskultur in den staatlich geförderten Gedenkstätten und Museen steckt die Angst, dass sie in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit delegitimierend auf die Idee einer sozialistischen Alternative wirken. Für diese Gruppen war die DDR nur ‚der erste Sozialismusversuch auf deutschem Boden‘: für einen zweiten soll die Geschichte offenbleiben. Auch für die LINKE ist eine Alternative zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung von wesentlicher Bedeutung. Sie fördert aber einen ‚kritischen‘ Umgang mit der DDR-



Geschichte, d. h. eine Auseinandersetzung mit den Schwächen und Verbrechen des Staatssozialismus, die aber auch das Bewahrenswerte an der Idee des Sozialismus betont, im Kontext der Entwicklung einer demokratischen Alternative zum heutigen Kapitalismus. Für diejenigen, die einen solchen kritischen Umgang mit der DDR-Geschichte innerhalb der LINKEN befürworten, wie etwa Thomas Flierl, Gregor Gysi, André Brie oder Gesine Lötsch, soll damit eine Akzeptanz der Fehler des SED-Regimes anerkannt werden, ohne dabei den Traum vom Sozialismus aufgeben zu müssen.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums verlangen konservative Kritiker der staatlich geförderten Erinnerungspolitik eine noch konsequentere Delegitimierung der DDR. Gerade der Erfolg der LINKEN steht aus ihrer Perspektive stellvertretend für die allgemeine Verharmlosung der sozialistischen Gefahr für die Demokratie. Diese Position wird oft von ehemaligen Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtlern vertreten, insbesondere von denjenigen, die in den Jahren nach der friedlichen Revolution sich immer stärker mit der CDU identifiziert haben, aber auch von diversen Opferorganisationen. Trotz der Betonung der Diktatur-Erfahrung in der Gedenkstättenkonzeption des Bundes klagen die Opfer und diejenigen, die gegen die SED-Herrschaft Widerstand geleistet haben, darüber, dass ihre Erfahrung zu wenig Beachtung finde, entweder gesamtgesellschaftlich oder im spezifischen Kontext der verschiedenen Gedenkstätten, die man seit der zum Thema sowjetische Besatzung und SED-Herrschaft aufgebaut hat.

Es ist schon seit den 50er Jahren ein Anliegen von Verbänden für die Opfer der sowjetischen Besatzung und des SED-Regimes, die es schon während des Kalten Kriegs in der Bundesrepublik gab, dass keine Hierarchie unten den Opfern beider totalitärer Diktaturen des 20. Jahrhunderts etabliert werden soll. Die Abwehr der Kategorisierung der Opfer des Stalimus und der SED-Herrschaft als ‚Opfer zweiter Klasse‘, so die Opferverbände, treibt sie oft dazu, eine möglichst starke Betonung von Leiden, Grausamkeit und Tod bei der Gestaltung entsprechender Gedenkstätten seit der friedlichen Revolution vorzunehmen. Die Opfer verstehen ihr Leiden auch im Sinne eines Einsatzes für die demokratische Freiheit und damit als Beitrag zur Überwindung der SED-Diktatur, finden aber, dass diese Auslegung ihrer Erfahrung in manchen Gedenkstätten zu kurz kommt.

Carola Rudnik (2011) hat sehr ausführlich die Konflikte dokumentiert, die aus dem Zusammenprall solcher Vorstellungen von Gedenken mit dem Berufsethos von Gedenkstättenmitarbeiterinnen und -mitarbeitern resultieren. Dieser Ethos, der eine versachlichte Darstellung vorzieht, schließt die Opfererfahrung nicht aus, sondern will eine emotionale Überwältigung der Gedenkstättenbesucher bzw. eine vorgefertigte Interpretation

der Opfer als Helden vermeiden. Darüber hinaus wollen Gedenkstättenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter oft nur das in der Gedenkstätte präsentieren, was entweder an Hand von Dokumenten oder der vorhandenen Bausubstanz bewiesen werden kann, ohne Rekonstruktion der Zustände, die die Opfer selber in Erinnerung haben. Während Opfer nicht selten eine Gedenkstätte aus verständlichen Gründen eher als Spiegel der eigenen Erinnerung sehen möchten, fühlt sich Gedenkstättenpersonal oft einem Bildungsauftrag verpflichtet, der mehr mit Martin Sabrows Vorstellung einer ‚mehrschichtigen‘ Vergangenheit gemeinsam hat. Aus dieser Perspektive sollen Bürgerinnen und Bürger, die eine Gedenkstätte besuchen, in die Lage versetzt werden, durch eine Auseinandersetzung mit den zugänglichen Quellen zu einer eigenen Interpretation der geschichtlichen Bedeutung des Ortes zu gelangen.

Die Heftigkeit der Konflikte, die aus dieser scheinbaren Dezentrierung der Opfererfahrung resultieren können, sah man in letzter Zeit am Fall der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße in Potsdam. Hier unterhielt im Zweiten Weltkrieg die KGB ein Untersuchungsgefängnis, in dem auch unschuldige Deutsche inhaftiert waren. Nach der friedlichen Revolution wurde der Bau durch private Aufarbeitungsvereine gerettet und als Gedenkstätte betrieben, doch die spätere Überführung des Projektes in die öffentliche Hand, die mit einer Neugestaltung der Ausstellung verbunden war, führte zu heftigen Protesten einiger ehemaliger Opfer, die eine stärkere Betonung ihres Leidens sehen wollten. Obwohl der Umgang einiger Opfer mit dem Gedenkstättenpersonal – der bis zu Handgreiflichkeiten ging – bedauerlich war, waren manche Kommentatoren auch dazu bereit, zu polemischen Mitteln zu greifen, um Opfervertreter zu kritisieren. Zum Beispiel behauptete Martin Jander in seinem Beitrag zu einem von Wolfgang Benz herausgegebenen Sammelband zur Kontroverse um die Leistikowstraße, dass nicht nur die Opfer, die gegen die Umgestaltung der Gedenkstätte protestiert haben, sondern die UOKG insgesamt Vertreter von Positionen seien, die ‚anschlussfähig für rechtsradikales und neu-rechts Gedankengut‘ seien (Jander, 2013: 160). Es scheint mir gefährlich, die Opferverbände pauschal in diese Ecke zu stellen, als Reaktion darauf, dass sie ein anderes Erinnerungskonzept vertreten als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die im Gedenkstättensektor tätig sind: Gefährlich in dem Sinne, dass sie dann ganz aus der Debatte ausgeschlossen werden könnten.

Wie die oben genannten Beispiele deutlich machen sollen, ist der scheinbare Konsens über die Erinnerung an die DDR in der Tat brüchig. Für diejenigen, die noch auf eine sozialistische Zukunft hoffen, gefährdet die Betonung der totalitären Aspekte der SED-Herrschaft in der staatlich geförderten Erinnerung ihr politisches Projekt. Für diejenigen, die antikommunistisch argumentieren, wird das Leiden, das durch den Staatssozialismus verursacht wurde, zu wenig

in den Vordergrund gestellt, um die nostalgische Erinnerung an den Sozialismus auszugleichen. Für liberale Historikerinnen und Historiker, die die Aufgabe haben, Gedenkstätten und Museen zu gestalten, ist die Multiperspektivität der geschichtlichen Zusammenhänge genauso wichtig wie die Darstellung der Opfererfahrung als Heldengeschichte: Die freien Bürgerinnen und Bürger sollen in der demokratischen Gesellschaft zu eigenen Schlüssen kommen dürfen, an Hand der historischen Quellen, statt in eine demokratische Einstellung hineinschockiert zu werden.

Offenbar lässt sich die Auslegung der DDR-Geschichte stark und aus unterschiedlichen Perspektiven politisieren. In diesem Sinne können wir mit Recht von einer geteilten Erinnerung sprechen, zumindest was die Frage angeht, was die DDR eigentlich war und wie man sie nachträglich interpretieren soll. In zwei Gedenkstätten, die ich in letzter Zeit besuchte, meine ich aber andere Ansätze zu erkennen, wie man mit der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit umgehen könnte. Diese Ansätze räumen der Opfererfahrung eine zentrale Stellung ein, jedoch wird diese Erfahrung nicht nur mobilisiert, um die DDR als Diktatur zu verdammen. Stattdessen wird die Besucherin bzw. der Besucher dazu aufgefordert, Parallelen zu anderen politischen und gesellschaftlichen Systemen entdecken und auch darüber nachzudenken, wie die Erfahrung der Opfer des DDR-Systems ein Licht auf heutige Themen im eigenen gesellschaftlichen Umfeld wirft.

Wohl wegen ihrer geographischen Lage sind die Gedenkstätte ‚Geschlossener Jugendwerkhof Torgau‘ und das ‚Menschenrechtszentrum‘ im ehemaligen Gefängnis Cottbus bei weitem nicht so bekannt oder so stark besucht wie etwa die ‚Gedenkstätte Hohenschönhausen‘ in Berlin. Doch sind beide meiner Ansicht nach sehr besuchenswert, vor allem was das Erinnerungskonzept angeht, das hier Ausdruck findet.

Besonders in der Gedenkstätte Torgau, wo den Opfern repressiver Erziehungspraxis in der DDR gedacht wird, findet man den Versuch, solche Formen der Unterdrückung nicht nur als Ausdruck der totalitären Diktatur zu verstehen, sondern diese auch im Kontext des Umgangs mit Nichtangepassten allgemein in der westlichen Kultur zu erklären. Am Anfang der Ausstellung wird man in die Situation eines Jugendlichen versetzt, der die entwürdigenden Rituale der Aufnahme in den Jugendwerkhof über sich ergehen lassen muss. Obwohl diese Erfahrung zuerst im Kontext der sozialistischen Erziehungspraxis nach Marenko erläutert wird, zeigt die Ausstellung immer wieder Parallelen zu anderen Formen von autoritärer Erziehung auf, etwa in christlichen Ordensschulen, in der Heimerziehung der frühen Bundesrepublik, oder in den so genannten ‚Boot Camps‘ für nichtangepasste US-amerikanische Teenager in den 90er Jahren. Im rot angestrichenen Flur der Gedenkstätte,

durch den man Zugang zu allen anderen Räumen hat, liest man an der Wand nicht nur Informationen zur gesellschaftlichen Aufarbeitung der Heimerziehung in Ost und West, sondern auch offene Fragen, was den Umgang mit angeblich ‚schwer erziehbaren‘ Jugendlichen angeht. Hier sollen Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit haben, das Gelernte mit der Gegenwart in Verbindung zu setzen. Hier geht es nicht nur darum, die Repression in der DDR-Gesellschaft zu kritisieren, obwohl dies sicherlich auch wichtig bleibt, sondern auch darum, die Frage zu stellen, ob der Umgang der demokratischen Gesellschaft mit Jugendlichen die richtigen Lehren aus der Vergangenheit gezogen hat. Hierzu werden keine fertigen Lösungen angeboten, sondern Besucherinnen und Besucher sollen das Gefühl haben, in der Gegenwart auch selber die Verantwortung für diese Themen zu übernehmen.

Ähnlich lädt die erst seit Dezember 2013 geöffnete Dauerausstellung in Cottbus Besucherinnen und Besucher dazu ein, eine Brücke zu schlagen zwischen der Verfolgung von Andersdenkenden in den Jahren 1933 bis 1990 und gegenwärtigen Fragen der menschlichen Freiheit und der Gerechtigkeit in der Gesellschaft. In einem Raum am Anfang der Ausstellung findet man eine Reihe solcher gegenwartsbezogenen Fragen an die Wand gemalt, einige davon scheinbar ohne direkten Bezug zur historischen Erscheinung DDR. Dann wird man am Ende der Ausstellung über den weltweiten Kampf für Menschenrechte informiert, der den Hintergrund für den Kampf gegen politische Verfolgung in der DDR darstellen soll.

Was beide Ausstellungskonzepte verbindet ist der Versuch, Opfererfahrung auch für die Gegenwart politisch produktiv zu machen, als Ressource, auf die man sich beziehen kann, wo es darum geht auch Fragen der Freiheit und der gesellschaftlichen Kontrolle in der Gegenwart in Angriff zu nehmen. Obwohl das politische und gesellschaftliche System DDR ohne Zweifel stark kritisiert wird, ist es nicht primär das Ziel beider Gedenkstätten, eine bloße Ablehnung des Staatssozialismus bei den Besucherinnen und Besuchern zu erreichen. Statt die DDR herunterzuwerten, um die bundesrepublikanische Demokratie implizit aufzuwerten, wird der Versuch unternommen, den kritischen Sinn der Besucherinnen und Besucher durch eine Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit zu schärfen, damit sie in die Lage versetzt werden, an der Demokratie mitzuarbeiten.

Um schließlich auf die Fragen zurückzukommen, die ich am Anfang dieses Vortrags gestellt habe, dürfte klar geworden sein, dass eine gemeinsame bzw. eine ‚kollektive‘ Erinnerung an die DDR noch ausbleibt. Abgesehen davon, dass wir davon ausgehen können, dass das Geschichtsbild des Einzelnen sich aus vielen Quellen speist, die die Erinnerungspolitik nur schwer kontrollieren kann, birgt der scheinbare Konsens der staatlich geförderten Erinnerung

tiefe Kluften unter denen, die aktiv die Erinnerungskultur des Landes mitgestalten möchten. Meine beiden letzten Beispiele zeigen jedoch, dass die Suche nach einer gemeinsamen, konsensfähigen Erinnerung nicht unbedingt im Mittelpunkt des Interesses stehen muss, besonders wo sie einen antagonistischen Kampf um die Deutungshoheit hervorrufen kann. In Torgau und Cottbus sieht man, wie die DDR-Geschichte auch als Sprungbrett in gegenwartsbezogene Debatten um persönliche Freiheit, Menschenwürde und gesellschaftliche Verantwortung dienen kann. Welche Schlüsse man daraus zieht, bleibt dabei natürlich, wie die Geschichte selber, offen.

## **Literatur**

Bennet, T. (2007) *Critical Trajectories: Culture, Society, Intellectuals*. Oxford: Blackwell

Clarke, D. und U. Wölfel (2011) *Remembering the German Democratic Republic: Divided Memory in a United Germany*. Basingstoke: Palgrave Macmillan

Clarke, D. (2002) 'Representations of the East German character since unification.' *Debatte* 10 (1), 51-71

Cooke, Paul (2005) *Representing East Germany Since Unification: From Colonization to Nostalgia*. Oxford: Berg

Faulenbach, B. (2000) 'Die Arbeit der Enquete-Kommissionen und die Geschichtsdebatte in Deutschland seit 1989.' In: P. Barker (Hrsg.), *The GDR and Its History: Rückblick und Revision. Die DDR im Spiegel der Enquete-Kommissionen*. Amsterdam: Rodopi, 21-33

Halbwachs, M. (1985) *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp

Hobsbawm, E. (1983) 'Mass-Producing Traditions: Europe, 1870-1914'. In: Hobsbawm und T. Ranger (Hrsg.) *The Invention of Tradition*. Cambridge: Cambridge University Press, 263-307

Knabe, H. (2007) *Die Täter sind unter uns: Über das Schönreden der SED-Diktatur*. Berlin: Propyläen

Jander, M. (2013) 'Kultur der Aufrechnung: Erneute deutsche Opfermythologie und radikaler Antikommunismus. Die Union der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft.' In: *Ein Kampf um die Deutungshoheit: Politik, Opferinteressen und historische Forschung. Die Auseinandersetzung um die Gedenk- und Begegnungstätte Leistikowstraße Potsdam*. Berlin Metropol, 125-161

Landsberg, A. (2004) *Prosthetic Memory: The Transformation of American Remembrance in the Age of Mass Culture*. Columbia: Columbia University Press

- Levy, D. and N. Sznajder (2006) *The Holocaust and Memory in the Global Age*. Philadelphia: Temple University Press
- Nora, P. (1989) 'Between history and memory: Les Lieux de Mémoire', *Representations* 26, 7-24
- Rudnik, C. (2011) *Die andere Hälfte der Erinnerung: Die DDR in der deutschen Geschichtspolitik nach 1989*
- Sabrow, M. (2009) 'Die DDR erinnern.' In: Sabrow (Hrsg.) *Erinnerungsorte der DDR*. München, Beck, 11-27
- Schroeder, K. und Deutz-Schroeder, M. (2009) *Oh, wie schön ist die DDR*. Schwalbach, Ts.: Wochenschau Verlag
- Sontag, S. (2003) *Regarding the Pain of Others*. London: Penguin
- Welzer, H. (2005) *Das kommunikative Gedächtnis: Eine Theorie der Erinnerung*. München: Beck
- Welzer, H., S. Moller und K. Tschuggnall (2005) "*Opa war kein Nazi*": *Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis*. Frankfurt a. M.: Fischer